

---

FDP Wetterau

## VERMEHRTE WOLFSSICHTUNGEN AUCH IN DER WETTERAU ÜBERRASCHEN LEDIGLICH DIE LANDESREGIERUNG

18.01.2023

---

„Von den vermehrten Wolfssichtungen in der Wetterau dürfte allein die hessische Landesregierung überrascht sein“, erklärt die FDP-Kreistagsabgeordnete Andrea Rahn-Farr, auch Vorsitzende des Regionalbauernverbandes Wetterau/Frankfurt. „Wir Liberale weisen seit Jahren darauf hin, dass die Wolfspopulation in Hessen rasant wächst. Auch die Zahl der gerissenen Nutztiere steigt Jahr für Jahr. Wohl jetzt auch in der Wetterau. Allerdings gibt es weder Erkenntnisse darüber, wie viele Wölfe in Hessen sesshaft sind, noch gelingt es, bei Rissen von Nutztieren den Wolf als Verursacher zu identifizieren“, sagt Rahn-Farr. Wer aber nicht nachweisen könne, dass allein der Wolf ein Nutztier gerissen habe, könne auch nicht auf Entschädigung des Landes hoffen, und Schutzzäune bekomme man nur dann gefördert, wenn in der Gegend bereits Nutztiere gerissen worden seien. „Das ist unlogisch und ein Beweis dafür, dass das hessische Wolfsmanagement gescheitert ist“, bilanziert die liberale Kreistagsabgeordnete.

„Am Grünen Tisch in Wiesbaden feiert man die Rückkehr des Wolfs nach Hessen als Triumph der Artenvielfalt. Dass es auch Menschen gibt, die weniger begeistert sind, wenn sich Wölfe in der Nähe von Wohnsiedlungen oder Weidetieren aufhalten, interessiert CDU und Grüne leider überhaupt nicht“, verdeutlicht Jochen Ruths, FDP-Kreistagsabgeordneter und Wetterauer Spitzenkandidat für die Landtagswahl. Mittelfristig sei ein Zusammenleben von Mensch und Wolf nicht allein durch immer höhere Zäune zu sichern, erklärt Ruths, selbst passionierter Jäger. „Wir werden mit der Jägerschaft überlegen müssen, wie zukünftig regulierend in die Bestände einzugreifen ist. In anderen, weniger dicht besiedelten europäischen Ländern, in denen weitaus weniger Wölfe leben, wird das auch bereits praktiziert. Die Ampel-Koalition im Bund hat vereinbart, die

rechtlichen Voraussetzungen für ein aktives Bestandsmanagement zu schaffen. Vorher muss aber die hessische Landesregierung endlich anfangen, ihre Hausaufgaben zu machen. Die Bestände in Hessen wachsen rasant – das muss sich auch in den offiziellen Statistiken wiederfinden“, fordern die FDP Vertreter Rahn-Farr und Ruths.